

Kreditverbot

Der Bundesrat will das Kreditverbot von PostFinance aufheben

PostFinance soll es erlaubt werden, zukünftig selbst Kredite und Hypotheken zu vergeben. Zu diesem Zweck hat der Bundesrat das UVEK und das EFD beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage zu einer Teilrevision des Postorganisationsgesetzes auszuarbeiten.

Das Zinsdifferenzgeschäft bildet den zentralen Ertragspfeiler von PostFinance. Im Gegensatz zu den anderen Banken darf sie aber selbstständig keine Kredite und Hypotheken an Dritte vergeben. So will es das Postorganisationsgesetz. Daher hat PostFinance einen Grossteil der ihr anvertrauten Kundengelder an den nationalen und internationalen Finanzmärkten in festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Allein in den kommenden zwei Jahren verfallen aus diesem Anlageportfolio gut verzinsten Anleihen aus früher getätigten Anlagen im Wert von rund 20 Milliarden Franken, die nur noch zu wesentlich tieferen Zinsen reinvestiert werden können. Das Betriebsergebnis von PostFinance dürfte deshalb bis 2021 noch einmal deutlich zurückgehen. Dies trotz zahlreicher Gegenmassnahmen, die in den vergangenen Jahren umgesetzt wurden.

Strategische Ziele des Bundesrats werden verfehlt

Durch diesen Gewinnrückgang vermindern sich sowohl der Unternehmenswert als auch die Fähigkeit von PostFinance, Eigenkapital aufzubauen oder Dividenden auszuschütten. Ausserdem wird die Finanzierung der Grundversorgung erschwert. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu den strategischen Zielen, die der Bundesrat für die Post und PostFinance definiert hat. Der Bundesrat ist deshalb zum Schluss gekommen, dass für PostFinance ohne Zugang zum inländischen Kredit- und Hypothekemarkt langfristig kein erfolversprechendes Geschäftsmodell möglich ist.

Gemäss Bundesrat ist ein Eintritt von PostFinance in den Kredit- und Hypothekemarkt auch aus Konsumentensicht zu begrüssen, weil er zu einer Belebung des Wettbewerbs führt. Da der Markteintritt von PostFinance in kleinen Schritten über mehrere Jahre hinweg erfolgen würde, sieht der Bundesrat darin auch kein zusätzliches Risiko für die Stabilität des Finanzmarkts.

Aufbau von zusätzlichem Eigenkapital

Per 1. Januar 2019 ist die neue Eigenmittelverordnung in Kraft getreten. Diese sieht erhöhte Kapitalanforderungen vor für eine allfällige Sanierung und Abwicklung der systemrelevanten Inlandbanken, zu denen auch PostFinance gehört. Für PostFinance bedeutet dies, dass sie in den kommenden sieben Jahren zusätzliches Eigenkapital in der Höhe von rund 2 bis 2,5 Milliarden Franken aufbauen muss.

Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen, dass das Gone-concern-Kapital bei PostFinance primär über den Aufbau von Eigenkapital erfolgen soll. Aufgrund der getrübten Gewinnaussichten ist dies eine grosse Herausforderung und mit höheren Risiken sowie Einschränkungen in der Geschäftstätigkeit verbunden. PostFinance muss zukünftige Gewinne vollumfänglich dem Eigenkapital gutschreiben und kann der Schweizerischen Post dadurch in den kommenden Jahren keine Dividende mehr ausschütten. Und es kann letztlich bedeuten, dass PostFinance weitere Preiserhöhungen, Einschränkungen des Produktangebots und Kostensenkungsmassnahmen umsetzen muss.

38 Prozent

ist der Zinsertrag seit 2014 eingebrochen.

2 bis 2,5 Mrd.

Franken zusätzliches Eigenkapital muss PostFinance in den kommenden sieben Jahren aufbauen.



Die Aufhebung des Kreditverbots ist der zentrale Faktor, um die Profitabilität und die Wettbewerbsfähigkeit von PostFinance langfristig zu gewährleisten.

Felicia Kölliker
Leiterin Risk, Legal & Compliance



Interview

«Das Kreditverbot ist ein erheblicher Wettbewerbsnachteil»

PostFinance kämpft bereits seit Jahren für die Aufhebung des Kreditverbots. Felicia Kölliker, Leiterin Risk, Legal & Compliance und Geschäftsleitungsmitglied von PostFinance, ordnet den Richtungsentscheid des Bundesrats ein.

Was ging Ihnen durch den Kopf, als der Bundesrat seinen Richtungsentscheid veröffentlichte?

Ich habe mich sehr gefreut. Es ist ein Meilenstein für PostFinance, dass sich der Bundesrat für die Aufhebung des Kreditverbots ausgesprochen hat. Gleichzeitig bin ich realistisch. Es ist ein Richtungsentscheid, der eine Gesetzesänderung nötig macht. Und bei solchen Geschäften hat das Parlament das letzte Wort. Es wird deshalb noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein.

Die Negativzinsen betreffen die gesamte Finanzbranche. Inwiefern ist das Kreditverbot für PostFinance ein Wettbewerbsnachteil?

Mit dem Kreditverbot hat uns der Gesetzgeber sozusagen ein Bein amputiert. Die anderen Banken konnten trotz Negativzinsen ihre Zinsmarge weitgehend stabilisieren, da sie im Hypothekengeschäft weiterhin gute Margen erzielen können. Diese Möglichkeit haben wir nicht, da wir unsere Kundengelder an den Finanzmärkten anlegen müssen. Dadurch trifft uns der Effekt der Negativzinsen viel stärker. Unsere Zinsmarge sinkt seit Jahren und die Zinserträge brechen uns weg. Dieser Nachteil würde mit der Aufhebung des Kreditverbots mit der Zeit eliminiert.

Bis es allenfalls so weit ist, dürfte es noch mehrere Jahre dauern. Kann es sich PostFinance leisten, so lange zu warten?

Nein. Deshalb unternehmen wir bereits heute alles in unserer Macht Stehende, um PostFinance fit für die Zukunft zu machen. Wir richten uns strategisch noch stärker auf die Digitalisierung aus und erschliessen neue, zinsunabhängige

Ertragsquellen. Gleichzeitig senken wir durch Effizienzmassnahmen unsere Kosten. All das wird aber nicht reichen, um die rückläufigen Erträge im Zinsengeschäft zu kompensieren. Die Aufhebung des Kreditverbots ist somit der zentrale Faktor, um die Profitabilität und die Wettbewerbsfähigkeit von PostFinance langfristig zu gewährleisten.

Neben der Aufhebung des Kreditverbots steht auch eine Teilprivatisierung im Raum. Wie stehen Sie dazu?

Wir kämpfen für die Aufhebung des wirtschaftlich sehr schädlichen Kreditverbots. Wenn der Preis dafür eine Teilprivatisierung respektive ein Börsengang ist, dann sollten wir diesen Weg unbedingt gehen. Eine Teilprivatisierung könnte zudem den Aufbau des gesetzlich erforderlichen Notfallkapitals unterstützen.

Was wären die Folgen, wenn das Kreditverbot bestehen bliebe?

Zuerst einmal wäre ich sehr enttäuscht, dass die Gegner mit ihren mehrheitlich heuchlerischen Argumenten eine Mehrheit im Parlament gefunden hätten. Es ist offenkundig, dass sie einzig aus Eigeninteresse, nämlich zur Verhinderung eines neuen Wettbewerbers, gegen die Vorlage sind. Für uns würde es bedeuten, dass wir in unserer unternehmerischen Freiheit weiterhin stark eingeschränkt wären und eine nachhaltig positive Unternehmensentwicklung kaum noch möglich wäre. Dadurch müssten wir weitere, noch radikalere Massnahmen zur Kostensenkung umsetzen und noch mehr alternative Ertragsquellen mit neuen, allenfalls höheren Risiken erschliessen.